

# Kreisverband Birkenfeld

**ORIGINAL SOZIAL**

**DIE LINKE.**  
KREISVERBAND BIRKENFELD

**Für eine demokratische, soziale und solidarische Kommunalpolitik**

## Kommunalwahlprogramm 2024

zu den Wahlen zum Kreistag Birkenfeld  
und zum Stadtrat von Idar-Oberstein

**Herausgeber**

**DIE LINKE. Kreisverband Birkenfeld  
c/o Rainer Böß  
Hauptstraße 13 a  
55767 Schwollen**

V.i.S.d.P: Rainer Böß

[www.linke-kv-birkenfeld.de](http://www.linke-kv-birkenfeld.de)

**DIE LINKE steht in Opposition zur herrschenden Politik des Sozialabbaus.** Als konsequente Friedenspartei und mit ihrem strikt antifaschistischen Anspruch will DIE LINKE dem Kurs zur Umverteilung von unten nach oben Alternativen entgegensetzen und ihre kommunalpolitischen Vorstellungen für den Kreis Birkenfeld, die Verbands- und Ortsgemeinden einbringen. Alle Abgeordneten der Linken fühlen sich in ihrer parlamentarischen Arbeit unseren „Kommunalpolitischen Leitlinien“ verpflichtet.

Unsere programmatischen Dokumente haben einen klaren Interessenbezug. Wir wollen die Interessen der abhängig Beschäftigten, der Rentnerinnen und Rentner, der Frauen, der Jugend, der Ausgegrenzten und Benachteiligten, insbesondere den Bürgergeldempfänger\*innen, zusammenführen, uns aber auch klar abgrenzen gegenüber denjenigen, deren Reichtum auf der Ausbeutung anderer beruht.

Wir wollen eine Gesellschaft, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt; eine Gesellschaft in der alle ein würdiges Leben führen können. Ein Leben, zu dem ein Recht auf anständig entlohnte Arbeit gehört, ein Recht auf Wohnen, ein Recht auf Bildung, ein Recht auf soziale Sicherung, ein Recht auf Teilhabe am kulturellen und gesellschaftlichen Leben und ein Recht auf Gleichstellung. Unsere Politik ist eine zukunftsfähige Politik, weil sie auf nachhaltige und damit umweltverträgliche Entwicklung zielt. Sie stärkt die Möglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger, ihre Lebensbedingungen selbst zu gestalten.

Gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern wollen wir unsere Städte und Dörfer zu lebenswerten und zukunftsfähigen Orten weiterentwickeln. Hierzu bedarf es unter anderem der Sicherstellung der Trinkwasserversorgung sowie dem Schutz von Mensch und Tier vor Hitze- und Dürrewellen. Hierzu bedarf es mehr unversiegelter Flächen, eine aktive Begrünung der Städte sowie einer artenvielfältigeren Landwirtschaft und Mischbewaldung auf dem Land. Eine gerechte Politik nimmt sowohl die sozialen, als auch die ökologischen Aspekte in den Blick, um ohne Angst und Sorge den Wandel hin zu einer klimapositiven Gesellschaft zu ermöglichen.

Deswegen setzen wir uns aktiv für eine soziale, ökologische und gerechte Politik in den Kommunen ein.

Die Kommunen sind die Orte, in denen die Menschen leben und arbeiten und alt werden, in denen sich das soziale Miteinander abspielt. Sie sind Standorte von Handel, Handwerk und Gewerbe, Kommunikation, Integration und Bildung. Unsere Kommunen sind die wichtigsten Träger der öffentlichen Dienstleistungen und notwendigen Infrastrukturen.

DIE LINKE im Kreis Birkenfeld will ihren Beitrag zur Gestaltung sozialer und demokratischer Kommunen leisten.

Wir wollen eine grundlegende Änderung der Staatsfinanzen zugunsten der kommunalen Ebene. Dazu gehören eine Neuaufteilung des Steueraufkommens und eine kommunale Entschuldung durch Bund und Länder. Diese sind maßgeblich für die Finanzkrise der Kommunen verantwortlich.

Unser Wahlprogramm beantwortet sicher nicht alle Fragen, die vor Ort entschieden werden müssen. Aber wir geben ein Versprechen:

DIE LINKE vor Ort:

SOZIAL. GERECHT. DEMOKRATISCH. ÖKOLOGISCH. FRIEDLICH.

Linke Politik beginnt von unten, in den Städten und Gemeinden. Wir wollen gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern im Kreis Birkenfeld bei den Kommunalwahlen 2024 dafür den Grundstein legen.

## **1. Für mehr Demokratie und Bürger/innenbeteiligung**

Die LINKE will, dass Bürgerinnen und Bürger ihre Angelegenheiten vor Ort weitgehend selbst entscheiden können. Die Linke setzt sich auf kommunaler Ebene für das Grundprinzip der direkten und unmittelbaren Demokratie ein, was die Teilnahme und Teilhabe von Bürgerinnen und Bürgern an den grundsätzlichen lokalen Entscheidungen weitestgehend sichert. Deshalb verlangen wir **Bürger/innenbefragungen, Abstimmungen und Referenden zu wichtigen kommunalen Entscheidungen**.

Eine weitere basisdemokratische Forderung ist **die Einführung von Bürgerhaushalten** als Grundlage kommunalpolitischer Entscheidungen.

Damit wird ganz wesentlich die direkte demokratische Teilhabe von Bürgerinnen und Bürgern gesichert.

Für die Linke bleiben Mitwirkung und Mitbestimmung in den Parlamenten und Volksvertretungen, um Bürger/inneninteressen zu artikulieren und umzusetzen, wie auch die Unterstützung von und Teilnahme an den verschiedenen außerparlamentarischen Formen der Mitwirkung und Mitbestimmung eine Einheit.

**Für mehr Transparenz.** Sitzungen von Kreistag, Stadtrat sowie von Verbands- und Ortsgemeinderat haben grundsätzlich öffentlich zu sein, eine umfassende Information unter Offenlegung aller Fakten ist zu gewährleisten.

### **DIE LINKE im Kreis Birkenfeld fordert:**

- Öffentliche Sitzungen von Kreistag, Stadtrat sowie von Verbands- und Ortsgemeinderat mit umfassender Informationspflicht der Bevölkerung.
- Mindestens einen Sitz in jedem Ausschuss oder Beirat für alle im Parlament vertretenen Fraktionen.
- Auch im Kreistag Birkenfeld muss das gesetzlich festgelegte Öffentlichkeitsprinzip gelten! Diese Vorgabe ist tragender Verfahrensgrundsatz des kommunalen Verfassungsrechts, deren Sinn und Zweck dahin geht, in Bezug auf die Arbeit des kommunalen Vertretungsorgans gegenüber der Allgemeinheit Publizität, Information, Kontrolle und Integration zu vermitteln bzw. zu ermöglichen, um dadurch eine auf eigener Kenntnis und Beurteilung beruhende Grundlage für eine sachgerechte Kritik sowie für die Willensbildung bei künftigen Wahlen zu schaffen.
- Generell einfache und kostengünstige Verfahren für kommunale Bürger/innen-Begehren und -Entscheidung sowie Barriere freie Web-Seiten für Wahlen, Bürger/innen-Entscheidung und Mitsprache. Ziel ist die gleichberechtigte, partnerschaftliche Kommunikation zwischen Politik, Verwaltung und Bevölkerung.
- Verzicht auf Ausschlusskataloge für die direkte Demokratie. Stattdessen mehr Möglichkeiten zu allen Fragen, zu denen die kommunalen Vertretungen Entscheidungen treffen können, Bürgerbegehren durchzuführen.
- Moderate Beteiligungsquoten von maximal 10 Prozent und deren deutliche Absenkung, je mehr Einwohnerinnen und Einwohner in der jeweiligen Kommune leben sowie Entscheidungen auf Grund einfacher Mehrheiten.
- Gesetzliche Pflicht, mittel- und langfristige Planungen im Vorfeld mit der betroffenen Bevölkerung zu entwickeln, zu beraten und zu entscheiden. Rede-

- und Antragsrecht für Bürgerinitiativen bei sie betreffenden Themen in den kommunalen Vertretungen.
- Direkte Einflussmöglichkeiten auf Haushaltsentscheidungen durch die Einführung eines kommunalen Bürgerhaushaltes. Nach Einberufung dezentraler Einwohnerversammlungen stellen Bürgerinnen und Bürger ihre Vorschläge und Projekte für den kommunalen Bürgerhaushalt vor. Diese Konzepte werden zur Abstimmung gebracht und in einer Prioritätenliste zusammengefasst, die in die Haushaltsplanung des Rates einfließen.
  - Vollständige Gleichstellung der Geschlechter und Lebensweisen sowie die Gleichberechtigung unterschiedlicher Weltanschauungen, Religionen und ethnischer Herkunft müssen auch auf kommunaler Ebene gewährleistet sein. Ein wesentlicher Beitrag zur Vollendung der Demokratie ist der Prozess Gender Mainstreaming (die Gleichstellung der Geschlechter auf allen gesellschaftlichen Ebenen), der auch im Kreis Birkenfeld verstärkt Einzug halten muss.
  - Umsetzung des EU-Grundsatzes „Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit“ – insbesondere in kommunalen Einrichtungen und von den Kommunen beauftragten Betrieben.
  - Offenlegung der Vergaben durch die öffentliche Hand.
  - Auf Kreisebene Bildung eines Jugendbeirats, eines Seniorenbeirats und eines Behindertenbeirats. Erweiterung des in Idar-Oberstein bestehenden Kulturausschusses. Alle Beiräte sollen mehr Mitbestimmungsrechte, insbesondere spezifische Antrags- und Vetorechte, erhalten.
  - Senkung des aktiven und passiven Wahlalters auf 16 Jahre.
  - Kommunales Wahlrecht auch für hier lebende Menschen aus Nicht-EU-Staaten, die ihren ständigen Wohnsitz im Landkreis haben.
  - Teilnahme von Nicht-EU-Bürgerinnen und Bürgern an Bürger/innenanträgen, Bürger/innenbegehren und -entscheiden.
  - Einführung eines kommunalen Petitionsrechtes.

## 2. Für eine soziale Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik

**Für Einführung eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors (ÖBS).** Mit dem massiven Einsatz von sogenannten Arbeitsgelegenheiten (Ein-Euro-Jobs) wurde ein zweiter Arbeitsmarkt installiert. Durch den Einsatz von Ein Euro-Jobs wird z.B. der enorme Bedarf an sozialer Arbeit in den öffentlichen Gesundheits- und Sozialeinrichtungen (Altenheime, Krankenhäuser, Kindergärten usw.) gedeckt, wo festes Personal eingespart wurde und entsprechende Arbeiten liegen geblieben sind. Auch bei Tätigkeiten in kommunalen Betrieben (Grünflächenpflege, Stadtreinigung, Begleiter in Bussen und Bahnen usw.) oder ihrem Einsatz bei Wohlfahrtsverbänden nehmen sie ebenfalls oft Aufgaben wahr, die reguläre Arbeitsplätze verhindern.

Ein-Euro-Jobber/innen sind völlig rechtlos und genießen, weil diese Arbeitsgelegenheiten rechtlich nicht als Erwerbsarbeit gelten, nicht einmal den Minimalschutz einer Vertretung durch Betriebs- oder Personalräte. Wer seine Arbeit verloren hat, darf nicht auch noch seine Würde verlieren. Wir wollen statt Ein-Euro-Jobs sozialversicherungspflichtige tariflich bezahlte Beschäftigungsverhältnisse. Ein so öffentlich geförderter Beschäftigungssektor kann einen Beitrag leisten zur öffentlichen Daseinsvorsorge und gleichzeitig zum Abbau der Arbeitslosigkeit. **Arbeitsplätze sollen dort entstehen, wo heute Jugendliche und Senioren allein gelassen werden oder Kultur- und Sportarbeit nicht stattfindet**, weil die Kommunen am Ende ihrer finanziellen Möglichkeiten sind und die Wirtschaft davon nicht profitiert. Die LINKE sieht sich in der Pflicht, nicht nur Widerstand gegen die Diskriminierung von Bürgergeldempfänger/innen zu leisten, sondern auch jeden kommunalen Spielraum im

Interesse der Betroffenen zu nutzen. Statt Arbeitsgelegenheiten mehr Teilhabe am Arbeitsmarkt durch geförderte Beschäftigung (§ 16i SGB II).

DIE LINKE tritt dafür ein, im soziokulturellen und ökologischen Non-Profit-Bereich einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor mit dauerhaften, sozial und tariflich gesicherten Arbeitsplätzen zu schaffen, in diesem Sinne eine Umverteilung der öffentlichen Ausgaben vorzunehmen sowie privatwirtschaftliches und genossenschaftliches Engagement für diesen Sektor steuerlich zu begünstigen. DIE LINKE unterstützt den Weg, dass sich die Kommunen - auch in kommunaler bzw. grenzüberschreitender regionaler Kooperation – auf ihre Stärken besinnen, neue Entwicklungspotenziale arbeitsteilig erschließen und so zur Schaffung neuer Arbeitsplätze beitragen. Denkbar wäre z. B. Region des Wissens, Region der dynamischen und flexiblen Aus- und Weiterbildung, Standort für neue Technologien, Stadt der bürger- und wirtschaftsnahen Verwaltungen, gemeinsame Erschließung historischer und kultureller Traditionen, Tourismusregion.

**Für gute Arbeit und gerechte Löhne für alle.** Arbeit ist mehr wert. Zahlung von Mindestlöhnen. Sofortmaßnahme: **Kein Lohn unter 15 Euro.** Es gehört zu unserem Selbstverständnis, dass Arbeit angemessen entlohnt werden muss, damit Bürgerinnen und Bürger von ihrem durch Arbeit erzielten Einkommen auch würdevoll leben können. Wir fordern einen existenzsichernden und Altersarmut verhindernden gesetzlichen Mindestlohn, um das zu gewährleisten. In diesem Zusammenhang sind wir bei öffentlichen Auftragsvergaben für die Zahlung von Tariflöhnen, was zwingend zum Kriterium der Vergabeentscheidung zu machen ist, wenn ein Mantel-, Rahmen- oder Branchentarifvertrag existiert. Vergaben an Unternehmen, die Dumpinglöhne zahlen, sind auszuschließen.

In Rheinland-Pfalz gibt es das Tariftreue-Gesetz. Zum einen fehlt noch die Überwachung vor Ort und zum anderen greift das Gesetz erst ab einem Betrag von 20.000 €!

Unsere Mandatsträgerinnen und Mandatsträger setzen sich für die Schaffung existenzsichernder, sozialversicherungspflichtiger und dauerhafter Arbeitsplätze ein. Weil Kommunen auch Arbeitgeber sind, stimmen wir nur unbefristeten Einstellungen oder nachvollziehbar begründeten Einstellungen (Schwangerschaft, Elternzeit, Krankheitsvertretung) zu. Wir wollen, dass unsere Kommunen vorbildlich ausbilden. Mit Gewerkschaften, Personal- und Betriebsräten kämpfen wir solidarisch für Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerrechte und bessere Arbeitsbedingungen. Dazu zählt insbesondere die Allgemeinverbindlichkeit der Tarifverträge.

Unsere praktische kommunalpolitische Tätigkeit ist auf die Gestaltung der erforderlichen Rahmenbedingungen für erfolgreiche wirtschaftliche Tätigkeit aller Unternehmen und speziell auf die Unterstützung der kleinen und mittelständischen Unternehmen im Landkreis im Kontext der Wahrnehmung von sozialer Verantwortung der Unternehmen für die Beschäftigten ausgerichtet.

**Für Unterstützung und Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe**, vor allem in der Landwirtschaft. Die Möglichkeiten zur umfassenden Direktvermarktung landwirtschaftlicher Produkte wie „grüne Märkte“, „regionale Speisekarte“, Betriebsverkauf (Kauf ab Hof) usw. sind nachhaltig zu unterstützen. Dabei sollte der ökologischen Landwirtschaft als Wachstumsbereich verstärkt Aufmerksamkeit und Unterstützung zukommen. Wir unterstützen die Forderungen der Bauern nach ausreichender Bezahlung der von ihnen erzeugten Produkte durch Aufkäufer und Handel. Wir wollen eine **agro-gentechnikfreie regionale Land-, Forst- und Gartenbauwirtschaft**. Wir fordern eine bessere Kennzeichnung vegetarischer Nahrung, insbesondere bei der regionalen Vermarktung.

**Für die Unterstützung von kleinen und mittleren Gewerbetreibenden.** Mittelständige Betriebe sind im kommunalen Bereich wichtige Anbieter von qualitativ hochwertigen Dienstleistungen, sowie von unverzichtbaren Arbeits- und Ausbildungsstellen. Bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen ist diesem Aspekt verstärkt Rechnung zu tragen, dementsprechend sind bei der gesetzlich geforderten öffentlichen Ausschreibung die sozialen Folgekosten bei ortsfremder Auftragsvergabe zu berücksichtigen.

**Für Kommunale Energieversorgung!** Energie und Wasser sind keine Ware sondern menschliche Grundbedürfnisse. DIE LINKE im Kreis Birkenfeld fordert in Zeiten des Klimawandels, ständiger Störfälle in Atomkraftwerken und explodierender Strom-, Öl- und Gaspreise dass in diesen Bereichen **keine Privatisierung** stattfindet, bzw. dort, wo sie bereits erfolgt ist eine **Re-Kommunalisierung der Energienetze**.

**Für mehr Lebensqualität durch Entwicklung der touristischen und friedlichen Infrastruktur.** Maßnahmen zur Umsetzung eines sanften Tourismus sind zu planen und auf den Weg zu bringen. Dazu ist ein spezieller Zeitplan mit konkreten Etappen und Zielen als Rahmen festzulegen, Verantwortlichkeiten sind konkret zu machen.

Die Linke fordert in diesem Zusammenhang die Bevorzugung des Ausbaus von Straßen begleitenden Radwegen für den Weg zur Schule, um die Sicherheit von Schülerinnen und Schülern zu erhöhen. Das Radwegenetz im Kreis Birkenfeld ist weiter auszubauen. Zur Förderung eines sanften Tourismus ist die Patenschaft mit dem Militär zu beenden. Die Militärpräsenz ist abzubauen, der Truppenübungsplatz auf- und zurückzugeben und die unzumutbare Belästigung der Bevölkerung durch Kampfflugzeuge über dem Kreisgebiet und sonstige Übungen auf dem Truppenübungsplatz Baumholder einzustellen.

**Für den Erhalt kommunal verankerter Sparkassen!** DIE LINKE setzt sich gegen Bestrebungen der Europäischen Union ein, im Interesse privater Banken die kommunalen Sparkassen zu zerschlagen. Sparkassen in der Obhut der Kreise bzw. kreisfreien Städte gewährleisten – im Gegensatz zur Geschäftspolitik der Privatbanken – die flächendeckende Versorgung der Bevölkerung mit Finanzdienstleistungen, die Kreditierung kleiner und mittelständischer Unternehmen und die Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe.

**Für die Verhinderung von PPP (Public Private Partnership).** Bei PPP/ÖPP handelt es sich um langfristige Kapitalbeteiligungen – oftmals von Baukonzernen – beim Bau von öffentlichen Immobilien wie Schulen, Rathäusern usw., wobei das Betriebsmanagement einschl. des Personaleinsatzes von dem privaten Teilhaber übernommen wird. Neben der neoliberalen Ideologie ist eine wesentliche Triebfeder von PPP/ÖPP die Finanzmisere der Kommunen. Meistens gehen diese Beteiligungsformen einher mit einer sog. Forfaitierung mit Einredeverzicht der öffentlichen Hand. Das heißt, der private Partner der Kommune kann seine Forderungen an die öffentliche Hand etwa an eine Bank verkaufen, ohne dass sich die Kommune dagegen wehren kann. Die Kommune muss ihren langfristigen Verpflichtungen (Abzahlung von Baukosten und Kosten für das Betriebsmanagement) in jedem Fall nachkommen; unabhängig von der Qualität der vereinbarten Dienstleistungen und ungeachtet einer möglichen Insolvenz der privaten Betriebsmanagementfirma.

Obwohl es durch zahlreiche Beispiele im In- und Ausland längst bekannt war, dass die Kommunen mit PPP das Nachsehen haben und die Projekte am Ende teurer werden, als wenn sie von Anfang an in öffentlicher Trägerschaft gebaut und unterhalten worden wären haben die Mehrheits-Fraktionen von CDU und SPD im Stadtrat Idar-Oberstein lange Zeit versucht das von ihnen gegen den Willen von großen Teilen der Bevölkerung



im Gewerbepark Nahetal geplante Schwimmbad unter PPP/ÖPP-Bedingungen zu errichten und zu betreiben.

### **DIE LINKE im Kreis Birkenfeld fordert:**

- Einführung eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors (ÖBS) im soziokulturellen und ökologischen Non-Profit-Bereich mit dauerhaften, sozial und tariflich gesicherten Arbeitsplätzen.
- Überprüfung der Einhaltung des Mindestlohns / Tariflohns bei öffentlichen Vergaben.
- Allgemeinverbindlichkeitserklärung aller Tarifverträge
- Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe, Unterstützung und Ausbau der direkten Vermarktung heimischer Produkte durch die Regionalinitiative Soonwald-Nahe („SooNahe“) und Hunsrück-Marketing.
- Agro-Gentechnikfreie regionale Land-, Forst- und Gartenbauwirtschaft.
- Ausbau des sanften Tourismus. Die Patenschaft mit dem Militär muss beendet und die Militärpräsenz im Kreis Birkenfeld abgebaut werden.
- Weiterer Ausbau des Radwegenetzes im Kreis Birkenfeld und Anbindung an den Naheradweg.
- Instandhaltung und Ausbau von Spazier-, Rad- und Wanderwegen.
- Erhalt der kommunal verankerten Sparkassen.
- Keine öffentlichen Bauvorhaben in Form von PPP/ÖPP im Kreis Birkenfeld – Verhinderung von riskanten Finanzierungs-Konzepten.
- Keine Privatisierung öffentlicher Unternehmen (wie z.B. der Wasserwerke), Re-Kommunalisierung dort, wo dies bereits erfolgt ist (Strom, Müll, ÖPNV, Gas).

### **3. Für eine zukunftsorientierte, ökologische Verkehrspolitik**

Die LINKE bekennt sich eindeutig dazu, dass die Sicherung der Mobilität für alle Bürger/innen eine Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge bleibt. Der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) wird nur dann besser ausgelastet, wenn er attraktiver wird. Fahrpreiserhöhungen und Streckenstilllegungen wirken diesem Ziel entgegen. Die Ausgestaltung einer optimalen Linienstruktur, einer guten Erreichbarkeit der Städte und Dörfer im Kreis Birkenfeld ist dabei ein Schwerpunkt.

Die verkehrspolitische Bevorzugung des Autos hat auch eine sozialpolitische Bedeutung: Durch die beträchtlichen Kosten sind immer mehr Menschen nicht in der Lage, ein eigenes Auto zu bezahlen. Sie werden dadurch von der Teilhabe am öffentlichen Leben ausgegrenzt, weil ein Verzicht auf Mobilität in unserer Gesellschaft – man denke nur an die Wege von und zum Arbeitsplatz - nicht mehr möglich ist. Aus all diesen Gründen tritt DIE LINKE für eine Neuausrichtung in der Verkehrspolitik ein. Eine moderne Verkehrspolitik muss so ausgestaltet sein, dass sie ihre großen Auswirkungen auf andere Politikbereiche, wie auf die Umwelt-, Gesundheits-, Sozial- und Gleichstellungspolitik verantwortungsvoll zur Kenntnis nimmt und dadurch umweltschonende und sozialverträgliche Mobilitätskonzepte entwickelt, die auch den folgenden Generationen die Zukunft nicht verbaut.

Neubaugelände sind zügig an den Busverkehr anzuschließen.

Mit der Linienbündelung und dem neuen ÖPNV-Konzept sowie der Erhöhung des Fahrkomforts mit der Einführung von Niederflurbussen wird die jahrelange Forderung der LINKEN Kreistags-Fraktion nach einem besseren ÖPNV mit Taktverdichtung endlich Realität.

Dass die Busse im **ÖPNV** nicht besser ausgelastet sind, ist sicherlich unbefriedigend. Dennoch halten wir es für unverantwortlich, Forderungen nach einer Einschränkung der

Verbindungen oder nach Umstellungen auf ein für die Nutzer mit höheren Hürden verbundenes Rufbus-System zu stellen.

DIE LINKE fordert ein **vergünstigtes Sozialticket für den Kreis Birkenfeld**, für Menschen, die Anspruch auf den auf Antrag der LINKEN einstimmig eingeführten Familien- und Sozialpass haben (z.B. Bürgergeldleistungsberechtigte) -, aber auch für Studierende, Auszubildende und Rentnerinnen und Rentner soll es einen Zuschuss des Kreises zum Deutschlandticket geben. Für Rentnerinnen und Rentner, denen es immer schwerer gemacht wird, ein Auto zu fahren, kann ein sehr preiswertes Ticket den Umstieg auf den ÖPNV erleichtern.

Der Betrag, der einem Bürgergeldleistungsberechtigten pro Tag für Mobilität zur Verfügung steht reicht bei den hohen Fahrkartepreisen im Kreis nicht aus, um am gesellschaftlichen Leben teilnehmen zu können.

Mittelfristig strebt DIE LINKE an, dass der ÖPNV im Kreis Birkenfeld komplett kostenlos wird, wie dies schon regional sehr erfolgreich an anderen Orten praktiziert wurde und wird (z. B. Templin, Aubagne bei Marseille, Seattle in den USA, von 1997 bis 2013 Hasselt in Belgien, seit 2013 in Tallin, der Hauptstadt Estlands). Auch Luxemburg führt landesweit einen kostenlosen ÖPNV ein und zeigt, dass dies keine unbezahlbare Utopie sein muss!

DIE LINKE will für den ÖPNV **mehr Infos an den Haltestellen** (Ferientermine in alle Fahrplanaushänge, Wabenplan, Tarifinfos, Hinweis zum Durchlösen Bus-Zug-Bus im ganzen Tarifgebiet), Verknüpfung der Anschlüsse Bahn zu Bus und Bus zu Bus (derzeit unterschiedliche Techniken der Betreiber, es erfolgt kein Informationsaustausch bei Verspätungen), Werbung für Vorteile des ÖPNV (für Durchtarifierung, 5-er Karte, Tageskarte, Bahn-Card-Anerkennung. Vergleichende Information, wie man billiger mit evtl. mehreren Personen und mit einer Fahrkarte zum Ziel kommt und Zeit und Kosten spart.). Erweiterung des Zugangebotes auf der Nahstrecke mit gleichzeitiger Vertaktung des Busangebotes aus dem Kreis Birkenfeld und Erreichbarkeit eines Frühzuges.

Bei Umleitungen und Straßensperrungen sind bessere Information der Verkehrsträger durch Baubehörden notwendig. Ebenso fordern wir eine frühzeitige Kennzeichnung betroffener Haltestellen (wenn diese nicht angefahren werden können).

DIE LINKE fordert die **Integration des Landkreises Birkenfeld in den Übergangstarif RNN zu RMV und zum Saarland-Verkehrsverbund** (der Kreis Birkenfeld sollte beim SaarVV mitmachen. Schon beim Übergangstarif RNN zu RMV macht der Kreis Birkenfeld aus Kostengründen nicht mit. Dadurch ergeben sich teure Berufspendler-Tickets nach Hessen (Frankfurt, Rüsselsheim, Flughafen etc.).

Zur Verästelung (intelligente Verknüpfung von Nebenstrecken und Nebenzeiten) zur Verbesserung des Abendangebotes und zur Füllung von Angebotslücken fordern wir den Einsatz von Kleinbussen.

DIE LINKE will einen besseren **Bahn-Abendverkehr** auf der Nahstrecke. Ebenso setzen wir uns ein für die **Einrichtung von Bahnhalt punkten in Enzweiler und Nahbollenbach**.

**DIE LINKE im Kreis Birkenfeld fordert:**

- Alle touristischen Ziele im Kreis Birkenfeld müssen mit dem neuen ÖPNV-Konzept erreichbar sein.
- Mindestausstattung von Haltestellen (Hinweise auf Tarife, Echtzeit t a f e l , Beleuchtung, Anschlussmöglichkeiten).



- Integration des Landkreises Birkenfeld in den bestehenden Übergangstarif zu RMV und zum Saarland-Verkehrsverbund.
- Eine Fahrpreisgestaltung, die insgesamt deutlich unter dem bisherigen Niveau liegen muss und Subventionen für einkommensschwache Bürgerinnen und Bürger vorsieht (Sozialticket als Teil vom Sozialpass, der von der Kreistagsfraktion DIE LINKE bereits erfolgreich umgesetzt wurde).
- Mittelfristig im Kreis Birkenfeld einen komplett kostenlosen ÖPNV, wie er bereits in anderen Regionen erfolgreich betrieben wird.
- Berücksichtigung von Schwachlastzeiten, besonders auch abends, nachts und am Wochenende. Auch bei alternativen Bedienungsformen wie Anrufsammeltaxen, Klein- und Rufbussen muss die Fahrpreisgestaltung deutlich unter dem bisherigen Niveau liegen.
- Einhaltung von Fahrzeiten und Fahrplänen. Der Landkreis soll mit den Betreibern eine Sanktionsliste auszuhandeln, damit es bei Nichteinhaltung von ausgeschriebenen Standards und eigenmächtigen Linienführungsänderungen, Nichteinhaltung von Fahrplänen, nicht angefahrenen Haltestellen etc. zu Strafzahlungen an den Landkreis kommt.
- Verstärkte Einbindung von Stadtteilen der Stadt Idar-Oberstein.
- Einrichtung von Bahnhaltdepunkten in Enzweiler und Nahbollenbach.

#### **4. Für eine solidarische Sozialpolitik und öffentliche Daseinsfürsorge**

Öffentliche Dienste und Daseinsvorsorge dürfen nicht unter dem Primat des „freien Wettbewerbs“ und des „Rückzugs des Staates aus der Wirtschaft“ behandelt werden. Was wichtig und lebensnotwendig für alle ist, gehört in öffentliche Hände, demokratisch kontrolliert und geführt. Die Grundversorgung mit den notwendigen Gütern und Dienstleistungen, vom Wasser über Bildung und Gesundheit bis zum Zugang zu Wissen und Kommunikation dürfen nicht den Gesetzen der Profitmaximierung unterworfen werden. Wenn gar privatisiert wird, um Gewinne mit den Grundbedürfnissen der Menschen in einer sozialen und demokratischen Gesellschaft zu machen, dann sind vertiefte soziale Spaltung, Ausgrenzung und Preistreiberei die Folge.

Linke Sozialpolitik in den Kommunen und Landkreisen richtet sich gegen den weiteren Abbau sozialer Leistungen und fordert den Erhalt und den Ausbau sozialer Standards. Wir fordern **Lehr- und Lernmittelfreiheit** für unsere Kinder sowie ein **kostenfreies Kita- und Schulesen** für alle! Das unsoziale, praxisferne und mit enorm viel Bürokratie verbundene rheinland-pfälzische Schulbuch-Ausleihsystem belastet die Kommunen. Mit dem betriebenen Kostenaufwand wäre auch eine einfache kostenlose Buch-Abgabe möglich gewesen.

**Nachdem auf Antrag der Kreistags-Fraktion DIE LINKE** im Jahr 2010 im Kreis Birkenfeld **ein Familien-und Sozialpass eingeführt wurde** können Arbeitslose, Geringverdiener, Rentnerinnen und Rentner sowie andere Personen mit geringem Einkommen Einrichtungen und Veranstaltungen im Landkreis zu ermäßigten Preisen besuchen. Bereits innerhalb eines Jahres wurden 1400 Pässe ausgestellt – dieser Erfolg belegt, dass LINKE Politik im Kreis dringend nötig ist!

Unsere **Forderung nach einem Sozialticket** mit kreisweit spürbaren Preisermäßigungen im Öffentlichen Personennahverkehr bleibt bestehen!

Wir wollen außerdem einen **Sozialtarif bei Strom und Gas** für Bedürftige.

Rekommunalisierung der Müllentsorgung. DIE LINKE strebt die **Rekommunalisierung der Müllentsorgung und somit Gebührenerkungen** an (nach Vorbild des Rhein-Hunsrück-Kreises, in dem nach der Rekommunalisierung der Müllentsorgung seit

Jahren die Beiträge sinken, weil Gewinne an die Bürgerinnen und Bürger weitergegeben werden).

Mit der Einführung der Hartz-IV-Gesetzgebung hat sich die soziale Lage der Bevölkerung in Deutschland massiv verschlechtert. Hier wurde ein perfides System installiert, das den Weg in Armutslöhne weist. Der niedrige Eckregelsatz ist dabei der Dreh- und Angelpunkt der Gesetzgeber. Durch die im Vergleich zu Erwachsenen zu niedrigen Regelsätze für Kindern ist keine gesunde Ernährung im Schulalter möglich. Freizeitvergnügen, Fahrten und Sport gehören nicht mehr zu den Lebenswelten dieser Kinder. Schulbücher und andere Materialien wurden erst gar nicht in den Regelsatz eingerechnet. Das erhöht den Druck auf Eltern, Arbeit um jeden Preis anzunehmen. Hinzu kommt, dass selbst die niedrigen Ansprüche nach Hartz IV wegen komplexer Materie durch eine Vielzahl von internen Erlassen und Richtlinien oft nicht erfüllt werden. Eine große Anzahl von Bescheiden erweist sich als fehlerhaft. Zahlreiche Sozialgerichtsprozesse haben den Betroffenen Recht gegeben. DIE LINKE setzt sich ein **für unabhängige wohnort-nahe Sozial-Beratungsstellen**. Auch Arme müssen ihre Rechte kennen und wahrnehmen können!

**Für den Schutz aller Frauen und Kinder in Frauenhäusern** unabhängig vom Aufenthaltsstatus sowie Aufhebung der Residenzpflicht für betroffene Frauen und Kinder mit Duldungsstatus. Frauenhäuser gibt es mittlerweile seit über 30 Jahren. Dass sie immer noch um ihre materielle Absicherung kämpfen müssen, ist skandalös. Schutzräume und Beratungsstellen gegen Gewalt dürfen nicht dem kommunalen Nothaus zum Opfer fallen. Mit Einführung des zweiten und zwölften Sozialgesetzbuches (SGB II und SGB XII) haben sich die die Grundlagen für die Hilfe für von Gewalt betroffene Frauen und Kinder grundlegend verändert. Statt Sozialhilfeleistungen zu beanspruchen müssen betroffene Frauen heute Hartz IV beantragen. Ganze Gruppen von Frauen sind jedoch davon ausgeschlossen. So werden Frauen, die keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld (ALG) II haben, zu Selbstzahlerinnen und können ohne eigenes Vermögen oder Einkommen den Aufenthalt in einem Frauenhaus nicht finanzieren. Dies trifft besonders hart die Gruppe der unter 25-jährigen Frauen, Studentinnen oder Asylbewerberinnen. Nach Auffassung der LINKEN muss bundesweit gesichert werden, dass alle von Gewalt betroffenen Frauen unabhängig von ihrer sozialen Situation, ihrer Herkunft und ihres Aufenthaltsstatus eine Zuflucht finden. Die Zufluchtsstätten müssen verlässlich und unabhängig von Tages- und Pflegesätzen finanziert werden.

DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass die immer noch bestehende finanzielle Unterdeckung der Frauenprojekte beendet wird. So dürfen keinesfalls bestehende Angebote für Frauen und Kinder, sowie notwendige Fortbildungsmaßnahmen der Mitarbeiter/innen Einsparungen zum Opfer fallen.

**Für bezahlbare Wohnungen** für alle Bevölkerungsschichten in einem lebenswerten Umfeld. Dazu gehören zentrumsnahe altengerechte Wohnungen, sozialräumliche Integration von Zuwanderinnen und Zuwanderern, Mehrgenerationenhäuser, Bürgerbegegnungszentren, Ausbau und Neuschaffung von Strukturen der gegenseitigen Nachbarschaftshilfe. Wir wollen kommunales und genossenschaftliches Wohneigentum, insbesondere den Bau von barrierefreien Wohnungen fördern und fordern kommunale Aktionsprogramme gegen Wohnungslosigkeit sowie kurzfristig anwendbare Instrumente gegen Leerstand. Denn für DIE LINKE steht fest: Wohnen ist ein Menschenrecht!

Für Menschen mit niedrigem Einkommen und Bürgergeldleistungsberechtigte wird es im Kreis immer schwerer eine bezahlbare Wohnung zu finden. DIE LINKE hat nicht nur die Kreisverwaltung aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass die über zwei Jahre alte Wohngeld-Tabelle endlich aktualisiert wird.

Die Kreistags-Fraktion DIE LINKE hat auch beantragt, dass die Kreisverwaltung in einer Sitzung des Kreistages den Punkt „**Wohnraumsituation im Kreis Birkenfeld**“ auf die Tagesordnung nimmt um mit den Wohnungsbaugesellschaften nach Lösungen zu suchen. Ebenfalls fordern wir, dass gewerbliche Vermieter, die bewusst Wohnungen leerstehen lassen, eine Leerstandsteuer zahlen müssen.

In den dafür zuständigen Gremien (z.B. Stadtrat Idar-Oberstein) wird sich DIE LINKE für die **Abschaffung von Straßenausbaubeiträgen** einsetzen und alle Bemühungen dazu unterstützen. Die entsprechenden Anliegeranteile sollen künftig aus dem Landeshaushalt – nicht aus dem Kommunalen Finanzausgleich – übernommen werden müssen. Dass Menschen durch den Straßenausbau, wie z.B. in der Burggasse in Idar-Oberstein, schnell vor dem finanziellen Ruin stehen können, muss ein Ende haben.

**Für DIE LINKE ist Kriminalität in erster Linie ein soziales Problem.** Politiker rechter und bürgerlicher Parteien nutzen das Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung zunehmend für demagogische Vorstöße nach mehr Polizeipräsenz und Überwachung. Sie wollen Bürgerrechte beschneiden oder sich öffentlich gegen „unerwünschte“ Minderheiten stellen - seien es Bettler, Wohnungslose, Punks, Drogenkonsumentinnen und -konsumenten oder Prostituierte. Wir machen das nicht mit! Hier sehen wir die Aufgabe, durch eine umfassende Sozialpolitik präventiv tätig zu werden, also soziale Strukturen zu schaffen, die gefährdete Menschen auffangen können und ihnen helfen, ihre Probleme zu lösen. Wenn überhaupt, ist die Bekämpfung der Kriminalität mit repressiven Mitteln Landes- und Bundesaufgabe.

Die **kommunale Gesundheits- und Sozialpolitik** muss auf die konkreten Bedingungen vor Ort ausgerichtet sein. Wir wollen aktivitätsfördernde soziale Projekte und Betreuungsangebote. Wir wollen vorrangig die Entwicklung ambulanter Betreuungsformen, um hilfebedürftigen Menschen ein selbstbestimmtes und würdevolles Leben zu ermöglichen. Für all das müssen auch finanzielle Mittel des Landkreises zur Verfügung gestellt werden.

Wir setzen uns dafür ein, dass das **Modell der Gemeindeschwester** (zur Zeit nur in der VG Herrstein praktiziert) im ganzen Kreis zur Anwendung kommt, damit auch ältere Menschen, die sich vielleicht schämen um amtliche Hilfe zu bitten, zu Hause aufgesucht werden und ihnen nach dem Prinzip der aufsuchenden Sozialarbeit Hilfe angeboten werden kann.

Das in Bruchweiler begonnene Projekt einer **Wohn-Pflege-Gemeinschaft** sollte weiter entwickelt werden und an möglichst vielen anderen Orten im Kreis zur Anwendung kommen. Das Besondere daran ist, dass ältere Menschen, auch wenn sie sich vielleicht nicht mehr allein versorgen können, weiterhin in ihrem vertrauten Dorf oder Stadtteil leben können, so dass der Kontakt zur Familie, zu Freunden und Nachbarn erhalten bleibt und die weitere Teilnahme am Dorfgeschehen möglich ist. Für Menschen, die im Alter auf Grundsicherung angewiesen sind, sollen auf Antrag Miete und Betreuungsgeld vom Sozialamt als Kosten übernommen werden.

### **Gebiets- und Verwaltungsreform**

DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass der Kreis Birkenfeld im Wesentlichen in seinen bestehenden Grenzen erhalten bleibt. Zwangsfusionen gegen den Willen der Bevölkerung lehnt DIE LINKE ab.

Eine Kreisfusion mit anderen Landkreisen wird nicht zu Einsparungen führen. Wissenschaftliche Studien zu Sachsen und Sachsen-Anhalt zeigen, dass größere Verwaltungseinheiten nicht zu den angekündigten "Einspareffekten" und auch nicht zu

verwaltungsinternen Verbesserungen führen – im Gegenteil: Mehr Bürokratie und höhere Kosten sind die Folgen.

Zudem werden die in ländlichen Regionen besonders wichtigen kulturellen, kommunikativen und sozialen Zusammenhänge bei Zwangs-Fusionen ignoriert. Einsparpotenzial bei gleichzeitiger Servicesteigerung sieht DIE LINKE vielmehr mit der Umsetzung des 2013 vom Bund beschlossenen E-Government-Gesetzes. Dazu sind strukturelle Umbauarbeiten nötig, allen voran die Standardisierung und Vereinheitlichung der Verfahren in Kommunen, Ländern und Bund. Nur wenige Landkreise bieten aktuell digitale Bürgerdienste an. Und wenn es ein digitales Angebot gibt, können bisher nur wenige Behördengänge allein auf elektronischem Wege erledigt werden. Statt selbst initiativ zu werden, wird auf Vorgaben des Landes verwiesen.

### **DIE LINKE im Kreis Birkenfeld fordert:**

- Kostenloser Eintritt für alle Kinder bis 16 Jahre in kommunale Einrichtungen.
- Sozialticket im ÖPNV (im gesamten Kreis Birkenfeld) als Ergänzung zum auf Antrag der LINKEN Kreistags-Fraktion bereits erfolgreich eingeführten Sozialpass.
- Einführung eines Sozialtarifes für Energie. Übernahme von 50 Prozent des Energiegrundpreises für sozial Benachteiligte, Verbot von Stromsperren.
- Rekommunalisierung der Müllentsorgung – damit die Müllgebühren sinken.
- Einrichtung einer unabhängigen wohnort-nahen Beratung zum SGB (besser: Sozialberatung) für Arbeitslose bei Auseinandersetzungen mit dem Jobcenter bzw. der Arbeitsagentur (etwa zur Formulierung von Anträgen und Widersprüchen). Beratungsstellen sollten in allen Verbandsgemeinden sowie der Stadt Idar-Oberstein geschaffen werden.
- Kosten deckende Aufstockung der bereits bestehenden finanziellen Unterstützung der Stadt Idar-Oberstein für den Frauennotruf. Keine Kürzung von Angeboten oder Fortbildungsmaßnahmen.
- Sozialer Wohnungsbau, Schaffung von bezahlbarem Wohnraum, Leerstandssteuer für leerstehende Mietwohnungen
- Abschaffung von Straßenausbau-Beiträgen
- Keine Videoüberwachung und keine privaten Sicherheitsdienste auf öffentlichen Plätzen!
- Keine Privatisierung öffentlicher Räume!
- Die beste Kriminalitätsbekämpfung ist Vorbeugung und Hilfe. Die Kommunen sollen bei Bedarf Runde Tische einrichten, an denen Betroffene, Geschäftsleute, Vertreter/innen der Politik, der Ordnungsbehörden und sozialer Einrichtungen darüber diskutieren, wie bestehende Konflikte im öffentlichen Raum entschärft werden können.
- Ausbau ambulanter Betreuungsformen.
- Ausbau aufsuchender Sozialarbeit (Modell der Gemeindeschwester)
- Wohnort-nahe Wohn-Pflege-Gemeinschaften
- Statt Kreisfusionen Optimierung von Verwaltungsabläufen
- Wissensvermittlung zum Thema Digitalisierung ist wichtig, aber die Schüler sind nicht Futter für die Wirtschaft, die fordert, dass Schulen für die Brauchbarkeit in den Unternehmen vorbereitet
- In Schulen dürfen keine KI-Systeme eingesetzt werden, die Leistungen, Lernen oder Sozialverhalten bewerten

## **5. Für Chancengleichheit in der Bildung**

DIE LINKE lehnt eine Reduktion von Bildung auf die Verwertbarkeit von Wissen und Kompetenzen für wirtschaftliche Ziele ab. Bildung ist sowohl Kulturgut und Voraussetzung für Emanzipation als auch ökonomische Produktivkraft. Bildung ist

individuelles Vermögen, das zur Mitbestimmung befähigt und damit gesellschaftlich positiv wirkt. Um den Kreislauf von Armut, Bildungsbenachteiligung, Arbeitslosigkeit und sozialer Ausgrenzung durchbrechen zu können, ist Bildung ein geeignetes Mittel und wichtigste Voraussetzung. Notwendig ist eine innere und äußere Reform des Bildungswesens, die zwei Elemente miteinander verknüpft: eine breite Beteiligung an Bildungsgängen (Quantität), die zu höheren Abschlüssen führen, und die Sicherung eines hohen Leistungsniveaus (Qualität).

Die Kommunen müssen finanziell und personell in die Lage versetzt werden, ihren Pflichtaufgaben im Bereich Schule gerecht werden zu können. Dabei ist auf eine strikte Einhaltung des Konnexitätsprinzips (wer bestellt, bezahlt) zu achten, damit die kommunalen Haushalte nicht weiter belastet werden. Das Schulnetz darf nicht ausgedünnt, sondern muss bedarfsorientiert erweitert und ausgebaut werden. Es gilt das Motto „kurze Wege für kurze Beine“. **Schulgebäude und Lernmittel müssen modernsten baulichen und pädagogischen Maßstäben genügen** und Schule zu einem Ort machen, den Kinder und Jugendliche gerne besuchen.

Bildung beginnt nicht erst in der Schule. Die Kindertagesstätten sind die erste Bildungseinrichtung, in der Kinder unterschiedlicher Herkunft soziale Integration und spielerische Lernanreize erfahren. Deshalb **müssen die Kommunen ausreichende Plätze in kommunalen Krippen, Kindergärten und Horten schaffen.**

Die **gegenwärtige Förderung von Ausbaumaßnahmen von Kindertagesstätten** in Anlehnung an die Förderpraxis des Landkreises Bad Kreuznach **ist nur Mittelmaß** und findet nicht die Zustimmung der LINKEN, weil hier bewusst auf eine bestmögliche Sicherheit der Kinder verzichtet wird. DIE LINKE fordert, dass auch notwendige Sanierungen unverzüglich durchgeführt werden (u.a. sollten alle Kindertagesstätten mit Feuerschutztüren ausgestattet werden).

Wir fordern, dass der Bildungsauftrag zukünftig in konfessionsfreien kommunalen Einrichtungen umgesetzt wird.

Die **Qualität der Betreuung in den KiTas ist nicht ausreichend** – trotz des oft weit über die arbeitsvertraglichen Anforderungen hinausgehenden Engagements der Kita-Betreuerinnen. Wir wollen deswegen den Betreuungsschlüssel und die Ausbildungsmöglichkeiten verbessern, weil landesweit mindestens 4.000 Fachkräfte fehlen. KiTa-Leiterinnen und -Leiter wollen wir mit mehr Leitungsfreistellungen versehen und die Fortbildung ausbauen. Das von der rot-gelb-grünen Landesregierung vorgestellte neue KiTa-Gesetz erfüllt diese Anforderungen nicht einmal näherungsweise. Wir kämpfen deshalb in den Kommunen dafür, dass KiTas nicht zu Verwahranstalten, sondern zu fortschrittlichen Bildungseinrichtungen werden. Wir wollen in den nächsten 5 Jahren erreichen, dass alle KiTas Ganztagsangebote machen und Über-Mittag-Schließungen und Ferienzeiten ohne Betreuung abgeschafft werden.

Linke Kommunalpolitiker kämpfen für den Erhalt wohnortnaher Schulen, auch kleine Schulen sollen bestehen bleiben. Wir fordern mehr Geld und Personal insbesondere bei der Sprachförderung und der Inklusion von Menschen mit Behinderungen und bedarfsgerechte Schulsozialarbeit an Schulen.

Als Ergebnis der misslungenen SPD-Schulstrukturreform hat die Landesregierung die sogenannte „Realschule Plus“ eingeführt, die außer nutzlos verpulvertem Geld keine Wirkung zeigt. Diese Schulform lehnt DIE LINKE ab. Dieser Kompromiss aus Regionalschule (zusammengefasste Hauptschule und Realschule), Gemeinschaftsschule und Gymnasium erhält das dreigliedrige Schulsystem unter neuer Bezeichnung aufrecht und trägt nichts zur Verbesserung der schulischen Praxis bei.

DIE LINKE fordert stattdessen eine klare Abkehr vom gegliederten Schulsystem, das insbesondere Kinder aus weniger begüterten Familien von höheren Bildungsabschlüssen fernhält. **Wir fordern eine Schule für alle, eine integrierte Gemeinschaftsschule nach skandinavischem Vorbild, in der die Kinder gefördert und nicht aussortiert werden.** Die Lehrerbildung sowie die Ausstattung der Schulen müssen entsprechend angepasst werden.

Integrierte Gesamtschulen bieten zur Zeit die besten Voraussetzungen für die Vorstellungen der LINKEN. Mit der IGS Herrstein-Rhaunen werden langjährige Forderungen der LINKEN erfüllt, dass die Schüler das gemeinsame Lernen und den sozialen Umgang miteinander erleben und gleichzeitig auch entsprechend ihrem individuellen Leistungsvermögen unterrichtet und vor allem gefördert werden. Die Integrierten Gesamtschulen sind eine gute Antwort auf zu frühe und oft fehlerhafte Schullaufbahnpfehlungen. Integrierte Gesamtschulen bringen mehr nicht-„gymnasial empfohlene“ Schülerinnen und Schüler zum Abitur als jede andere Schulform.

#### **DIE LINKE im Kreis Birkenfeld fordert:**

- Bedarfsorientiertes und kostenfreies Angebot an konfessionsfreien kommunalen Kindertagesstätten für alle Kinder.
- Bessere personelle, qualitative und quantitative Ausstattung von Kitas mit kleineren Gruppen.
- Kostenlose Mahlzeiten für Kinder in Kitas und Schulen (dies ist auch eine Empfehlung des vom Bundestag eingesetzten Bürgerrates).
- Lernmittelfreiheit.
- Flächendeckende Einführung von integrierten Gemeinschaftsschulen als gut ausgestattete Ganztagschulen. Ausstattung der Schulen mit sozialpädagogischem Fachpersonal und gut ausgebildeten kommunalen Hilfskräften.
- Ausbau von Schulsozialarbeit an allen Schulen, sowie sozialpädagogischer Betreuung und Einstellung einer ausreichenden Zahl von Schulpsychologen/innen im Kreis.
- Bedarfsorientierte Sanierung, Modernisierung und Ausstattung der Schulen und Kindertagesstätten! Dahingehende Investitionen müssen Vorrang haben und dürfen nicht der Sachzwang-Logik untergeordnet werden.
- Behinderte Kinder sollen soweit wie möglich in Regeleinrichtungen einen Platz finden und dort integrativ gefördert werden (Inklusion).
- Mehr Ausbildungsplätze in der Verwaltung und in kommunal beeinflussbaren Unternehmen.
- Bedarfsorientierte Finanzierung der Volkshochschule, von Weiterbildungseinrichtungen und Einrichtungen des Zweiten Bildungswegs. Das Angebot muss breit gefächert und für jeden finanzierbar bleiben. Es müssen Kurse für Schulabschlüsse und Alphabetisierung angeboten werden. Die Angebotszeiten müssen flexibler gestaltet werden, damit die Angebote auch von der arbeitenden Bevölkerung wahrgenommen werden können.
- Schulbusse mit Anschnallgurten und ausreichend Sitzplätzen.

## **6. Digitalisierung**

Es werden Milliarden Euro öffentlicher Gelder in die Entwicklung, Verbreitung und Anwendung digitaler Technologien auf allen Ebenen fördern. Dabei geht es nicht um Technologien für eine gerechte Onlinewelt für alle oder für gute soziale und klimagerechte öffentliche Dienstleistungen. Das Ziel ist, der Wirtschaft im internationalen Wettbewerb zu einer führenden Rolle zu verhelfen. In Wirtschaftskreisen aber auch in Kreisen öffentlicher Verwaltungen wird gefordert, dass die Kommunen ihre



Datenschätze heben, um sie gewinnbringend einzusetzen. Der Kreis Birkenfeld soll sich diesem Trend nicht anschließen. Die Daten gehören den Bürgerinnen und Bürgern!

Der Kreis muss jedoch die Bürgernähe durch Digitalisierung von Verwaltungsvorgängen beschleunigen. Er soll sich an die Sozialplattform anschließen, die es erlaubt, fast alle Sozialleistungen online zu beantragen. Die vorhandenen Leistungen, die im Rahmen des Onlinezugangsgesetzes eigentlich verpflichtend anzubieten sind, sollen, sobald Sie im Rahmen des Einer-Für-Alle-Prinzips (EfA) zur Verfügung stehen, genutzt werden. Nicht das Warten auf Vorgaben sondern Eigeninitiative ist die Wahl der Stunde.

## **7. Für die Überwindung von Hartz IV**

**Das Bürgergeld muss weitentwickelt werden!** Im Kreistag von Birkenfeld kann aber Hartz IV oder das Bürgergeld nicht aufgehoben werden, auch wenn DIE LINKE dafür eine Mehrheit finden würde. Man kann dort allerdings diesem zutiefst unsozialen Gesetz die Zähne ziehen und bereits viele Härten abmildern. DIE LINKE wird sich dafür einsetzen, dass sich die konkreten Lebensbedingungen der Hartz-IV- bzw. Bürgergeld-Betroffenen verbessern. Ziel muss es dabei sein, die Perspektive der Gesetzesauslegung radikal zu verändern. Nicht mehr die Einsparung von Geldern und das Drangsalieren der Arbeitslosen mit immer neuen Anforderungen und durch offensichtlich rechtswidrige Bescheide, sondern Aspekte der vollständigen, schnellen und umfassenden Hilfe, des Respekts im persönlichen Umgang und der schnellen Vermittlung in sozialversicherungspflichtige Erwerbsarbeitsplätze müssen handlungsleitend für das Jobcenter werden. DIE LINKE wird sich dafür einsetzen, dass das unsägliche neoliberale Kauderwelsch keine tiefergehende Wirkung im Organisationswissen des Jobcenters und im Selbstverständnis seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hinterlässt. Diese sind nämlich beispielsweise keine Fall-Manager, sondern Arbeitsvermittler. Daher muss ihr Arbeitsschwerpunkt der persönliche Kontakt mit den Betrieben vor Ort sein und nicht das Bewältigen von Antragsformularen am Schreibtisch. Außerdem sind Arbeitslose keine Fälle, sondern Menschen, die erwarten können, dass der Verwaltungsapparat, der durch ihre Beiträge zur gesetzlichen Arbeitslosen-versicherung und durch ihre Steuern unterhalten werden kann, schnell und unbürokratisch hilft. Da es sich für die BA nicht lohnt, bei den grundsätzlich zweijährigen Befristungen bei Neueinstellungen in Fortbildung zu investieren, sind hier unbefristete Arbeitsplätze zu schaffen, damit Arbeitsvermittler entsprechend qualifiziert werden können. Zudem kritisieren wir, dass die Bundesagentur über kein ausreichendes Fortbildungskonzept verfügt, keine kundenorientierte Ausrichtung. Hier müsste eine grundsätzliche Änderung vorgenommen werden.

Da der Landkreis Birkenfeld zusammen mit der Arbeitsagentur eine GE (Gemeinsame Einrichtung, früher ARGE) bildet, die für die Umsetzung von Hartz-IV zuständig ist, hat die Kommunalpolitik auch genügend Kompetenzen, um dieses Ziel zu erreichen.

Schülerinnen und Schüler, Auszubildende, Studentinnen und Studenten, aber auch Personen, die es sich leisten können über 2500 Euro auf dem Giro-Konto zu haben mussten bis vor wenigen Monaten bei der Kreissparkasse Birkenfeld keine Kontoführungs-Gebühren bezahlen. Armen Rentnerinnen und Rentnern, Geringverdienerinnen und Geringverdienern, ALG-II-Leistungsberechtigten wurde ein kostenloses Giro-Konto von der KSK aber verweigert obwohl die KSK als Institution des Kreises eine besondere soziale Verantwortung hat. Vom Kreistag gewählte Vertreter der Parteien CDU, SPD und FDP haben derzeit die Mehrheit im Aufsichtsrat der KSK und könnten jederzeit kostenlose Girokonten für alle Personengruppen, die auf jeden Euro angewiesen sind, beschließen.

Ein entsprechender Antrag der LINKEN im Kreistag wurde insbesondere von CDU und SPD abgeblockt. DIE LINKE findet es richtig, dass Schülerinnen und Schüler, Auszubildende, Studentinnen und Studenten, die in der Regel nur über geringe Geldmittel verfügen, bei der KSK ein kostenloses Girokonto erhalten. Dieser Kreis muss aber erweitert werden und mindestens alle Personen die sozialpassberechtigt sind umfassen.

Um Vertreterinnen und Vertreter in den Fachbeirat des Jobcenters und in den Aufsichtsrat der Kreissparkasse zu entsenden um dort zum Beispiel die Interessen von Arbeitslosen vertreten zu können benötigt DIE LINKE mehr als die gegenwärtigen 2 Mandate im Kreistag!

DIE LINKE lehnt Strom- und Gassperren bei Zahlungsrückständen ab. Das Jobcenter muss Lösungen finden, um die Betroffenen nicht im Dunkeln und Kalten stehen zu lassen.

### **Im Kreistag Birkenfeld wird sich DIE LINKE vor allem einsetzen für**

- Beteiligung von SGB-II-Empfängern im örtlichen Beirat des Jobcenters.
- eine deutliche Verbesserung der Beratungsqualität. Langzeitleistungsbezieher (im Kreis Birkenfeld über 2100 Personen) müssen umfassend über ihre Chancen, Möglichkeiten und Pflichten, aber auch über ihre Rechte informiert werden.
- Fallmanager/innen sind so zu qualifizieren, dass sie in die Lage versetzt werden, die betroffenen Menschen tatsächlich zu fördern. Da es sich für die BA nicht lohnt, bei den grundsätzlich zweijährigen Befristungen bei Neueinstellungen in Fortbildung der Arbeitsvermittler zu investieren, sind hier unbefristete Arbeitsplätze zu schaffen.
- Im Rahmen der Eingliederungsmittel ist ein Schwerpunkt in der beruflichen Qualifizierung zu setzen. Hier müssen die Vorgaben des Bürgergeldgesetzes konsequent umgesetzt werden. Es darf keine Umwandlung von Mitteln zur Eingliederung in der Verwaltung geben.
- Abschaffung überflüssiger Trainingsmaßnahmen.
- die unbürokratische Berücksichtigung möglicher Mehrbedarfe von alten, behinderten oder chronisch kranken Menschen.
- die Erarbeitung kreiseigener Richtlinien, die Einzelfallentscheidungen bei dem Überschreiten der Wohnkosten, bzw. der Wohnungsgröße ermöglichen. Dabei sollen die bisherigen Wohn- und Lebensverhältnisse sowie die soziokulturelle Verbundenheit mit dem bisherigen Lebensumfeld angemessen berücksichtigt werden, so dass in der Regel auf Zwangsumzüge verzichtet werden kann. Falls die zuständigen Städte und Gemeinden keine Richtlinien festlegen, soll die Trägerversammlung die gemeinsame Einrichtung beauftragen, diese Richtlinie zu erarbeiten – so wie es im Gesetz steht.
- die Errichtung und Finanzierung **unabhängiger SGB II Beratungsstellen** (auch und gerade für Auseinandersetzungen mit dem Jobcenter bzw. der Arbeitsagentur - etwa zur Formulierung von Anträgen und Widersprüchen).
- die Bezuschussung von Mitgliedsbeiträgen sozial Benachteiligter für Vereine, die über die Vergünstigungen des mit Hilfe der Kreistags-Fraktion DIE LINKE erfolgreich eingeführten Sozialpasses noch hinausgehen.
- Abschaffung der Kontoführungsgebühren bei der Sparkasse Birkenfeld für Menschen, die Anspruch auf den Sozialpass haben: arme Rentnerinnen und Rentner, Geringverdienerinnen und Geringverdiener, ALG-II-Leistungsberechtigte.

- Keine Strom- und Gassperren - bei Zahlungsrückstand muss das Jobcenter eine Lösung finden.

Wichtig ist, dass das Jobcenter Bestandteil eines koordinierten und miteinander vernetzten Hilfsangebots für die Arbeitsuchenden wird. Menschen, die Suchtprobleme haben oder krank sind, benötigen zuerst gesundheitliche Hilfe und keine Arbeitsangebote. Ähnliches gilt für Menschen, die als Arbeitslose bereits mit der Betreuung von Kindern oder der Pflege von Familienangehörigen überfordert sind. Von ihnen zusätzliche Anstrengungen für die Aufnahme einer Erwerbsarbeit zu verlangen, muss einfach scheitern.

**DIE LINKE wirkt: Die Einführung eines Sozialpasses, der auf Antrag bei der Kreisverwaltung für alle Haushalte ausgegeben wird, die unter der Armutsgrenze liegen hat die Kreistags-Fraktion DIE LINKE schon erreicht. Für Inhaberinnen und Inhaber des Sozialpasses werden Leistungen, die der Landkreis und die kreisangehörigen Kommunen erbringen, kostenfrei oder kostenreduziert angeboten.** Wichtig ist aber auch, dass für den Kreis der Anspruchsberechtigten der öffentliche Personennahverkehr kostenlos wird.

## 8. Für eine aktive Jugendarbeit

Wir wollen eine starke, offene, multikulturelle und demokratische Jugendarbeit im Kreis Birkenfeld. Die vorhandenen Angebote sind zu gering, teilweise unattraktiv und passen nicht zu den veränderten Bedürfnissen.

Die Sparpolitik einiger Kommunen bedroht bestehende **Jugendtreffs** oder verhindert deren Einrichtung, wo sie dringend gebraucht würden.

Nicht nur für den Stadtteil Oberstein sondern in jedem größeren Wohngebiet und Stadtteil wollen wir einen zusätzlichen Jugendtreff / Jugendraum.

Wir möchten, dass Kinder und Jugendliche als Besucher von kulturellen Veranstaltungen gerne gesehen werden. Spielpläne und Veranstaltungskultur müssen auch die Interessen junger Menschen berücksichtigen und ihnen einen Zugang auch zu anspruchsvollen Kulturgütern ermöglichen.

Wir setzen uns in Idar-Oberstein für eine Kleinkunstabühne für bis zu ca. 100 Personen ein.

DIE LINKE fordert, dass sich der Kreis Birkenfeld (hier vor allem die dem "Zweckverband Umwelt-Campus" angehörende Verbandsgemeinde Birkenfeld, die Gemeinde Hoppstädten -Weiersbach und die Stadt Birkenfeld) im Rahmen seiner Möglichkeiten dafür einsetzt, dass die Möglichkeiten für das **kulturelle, soziale und sportliche Engagement der Studierenden am Umwelt-Campus** erhalten und weiter ausgebaut werden.

Es besteht nach wie vor Mangel an Ausbildungsplätzen und eine hohe Jugendarbeitslosigkeit. Versuche, das Interesse der Jugend an der Kommunalpolitik durch die Bildung von Jugendparlamenten zu fördern, sind vielfach gescheitert, weil formalisierte und teilweise auch bürokratische Verfahren der Jugend fremd sind. Stattdessen ist es angebracht ergebnisorientierte und projektbezogene Beteiligungsformen zu suchen, in denen Jugendliche ihre unmittelbaren Interessen angesprochen finden.

**Wir setzen uns ein für:**

- JAM (Jugendtreff am Markt) in Idar-Oberstein.

- In allen Jugendzentren im Kreis angemessene integrative Freizeitangebote, die auch der Gleichberechtigung von Jungen und Mädchen dienen.
- Jugendtreffs / Jugendräume in allen Stadtteilen und größeren Wohngebieten.
- Mehr ausgebildete Sozialarbeiter in Schulen.
- Mehr Streetworker.
- Außerdem fordern wir eine bessere sozialpädagogische Betreuung aller Jugendräume im Kreis.
- Förderung der Jugendkultur (geeignete Flächen für Sprayer, mehr Plätze für Skater sowie eine Indooranlage für Skater, Übungsräume für Musikgruppen).
- Einrichtung einer Kleinkunsthöhne für mindestens 100 Personen in Idar-Oberstein.
- ein Kultur- und Freizeitangebot am Umwelt-Campus Birkenfeld, das mit der Anzahl der Studierenden mitwächst.
- Bessere Vernetzung des Umwelt-Campus mit den Freizeitangeboten im Kreis Birkenfeld.
- Förderung von Vereinen, die eine besondere Jugendarbeit leisten.
- Erhöhung der Ausbildungsplätze innerhalb der Verwaltung und in den von der Kommune beeinflussbaren Unternehmen.
- Ausbildung muss Richtlinie bei der Vergabe öffentlicher Aufträge werden.

## **9. Für eine gesunde Umwelt und Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes**

**Global denken – lokal handeln.** Der AGENDA-21-Prozess ist ein Aktionsprogramm der Vereinten Nationen, das 1992 auch von der damaligen Bundesregierung unterzeichnet wurde. Kern dieses Programms ist die Einleitung nachhaltig wirkender Wirtschaftskreisläufe, aus denen ein umwelt- wie sozialverträglicher Wohlstand erwächst, der ressourcenschonend ist, von dem niemand ausgeschlossen wird und der die nachfolgenden Generationen nicht über Gebühr belastet. Dabei fällt den Kommunen und der Kommunalpolitik eine Schlüsselrolle zu, weil vor Ort die wirtschaftliche, soziale und ökologische Infrastruktur geplant, beschlossen, errichtet und unterhalten wird. Die Kommune ist zudem die Politik- und Verwaltungsebene, die den Bürgerinnen und Bürgern am nächsten ist, wodurch sie eine entscheidende Rolle bei der Information, Mobilisierung und Sensibilisierung der Öffentlichkeit für eine nachhaltige Entwicklung spielen kann. Der AGENDA-21-Prozess wurde im Landkreis Birkenfeld einfach per Beschluss beendet. DIE LINKE meint jedoch, dass der AGENDA-21-Prozess kein Schönwetterthema ist, weil durch die Vernetzung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen der Abbau sozialer Standards kein nationales Thema mehr sein kann. Außerdem wird die Zerstörung der Umwelt durch die maßlose Vergeudung der endlichen natürlichen Ressourcen vor allem durch die Länder des reichen Nordens verursacht, weswegen auch der Bundesrepublik Deutschland und ihren Kommunen eine besondere Verantwortung zukommt. Im Kreistag Birkenfeld werden sich die Abgeordneten einer Linksfraktion deswegen vor allem für die Reaktivierung eines verbindlichen wie zukunftstauglichen AGENDA-21- Leitbildes einsetzen, an dem sich die politischen Projekte und Beschlüsse orientieren sollen. Deshalb findet das 2013 vom IFAS (Institut für angewandtes Stoffstrommanagement, Fachhochschule Trier am Umwelt-Campus Birkenfeld ) erarbeitete und vom Kreistag einstimmig beschlossene Klimaschutzkonzept für den Landkreis Birkenfeld unsere Unterstützung, da es nach Ansicht der LINKEN ein guter Schritt in die richtige Richtung ist.

DIE LINKE unterstützt aber auch alle anderen Formen der Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung.

### **Windkraft und Naturschutz:**

Die LINKE im Kreis Birkenfeld setzt sich für den Ausbau regenerativer Energien (also auch Photovoltaik und Windkraft) ein, wir lehnen aber Maßnahmen ab, welche unnötig die Lebensqualität der Menschen bedrohen, den Naturschutzgedanken aushebeln und zu einer unnötigen Verspargelung der Landschaft mit Windenergieanlagen führten!

Festzustellen ist: Für die Planung von Windkraftanlagen sind die Ortsgemeinden zuständig und die Verbandsgemeinden wirken im Rahmen der Bauleitplanung koordinierend und steuernd. Der Landkreis Birkenfeld ist lediglich Baugenehmigungs- und Immissionsschutzbehörde.

Gleichwohl setzen wir uns als LINKE für ein kreisweites Windparkkonzept unter Federführung des Kreises (in Abstimmung mit den Verbandsgemeinden) ein. Die Fehler der Vergangenheit müssen abgestellt, und wo möglich, korrigiert werden. DIE LINKE steht für eine Energiewende mit Herz und Verstand. Wir wollen keine Verspargelung unserer Heimat durch Windkraftanlagen, stattdessen wollen wir eine Konzentration von Anlagen an wenigen konfliktfreien Stätten. Wir wünschen uns ein Solidarmodell nach Vorbild der Verbandsgemeinde Rheinböllen.

Die einzigartige Flora und Fauna im Nationalpark soll erhalten werden, der Einsatz regenerativer Energien muss im Einklang mit der Natur stehen und darf auch keinen Verlust an Lebens- und Wohnraumqualität zur Folge haben – ansonsten droht eine zunehmende Entsiedlung unseres ländlichen Raumes.

**Für einen umfassenden und nachhaltigen Tierschutz.** Dazu gehören Wildtiere, landwirtschaftliche Nutztiere und Heimtiere. Tierschutz ist nicht nur ein rein rechtliches Problem, das durch Vorschriften und Gesetze zu lösen ist. Voraussetzung für einen Tierschutz, der in der ganzen Gesellschaft Anklang findet, ist seine Einbettung in sozial- und umweltpolitische Themen. Die Gestaltung des ländlichen Raumes, Regional- und Kreislaufwirtschaft und die Förderung des ökologischen Landbaus sind nur einige von vielen Kernthemen, die die Tierschutzdebatte begleiten müssen. Das Tier muss in Politik und Gesellschaft einen neuen Stellenwert bekommen. Dafür setzt sich die Linke ein. Im Kreis Birkenfeld kann der Tierschutz auch dadurch gestärkt werden, dass z. B. Kooperationen zwischen dem Stadtverband der Kleintierzüchter Idar-Oberstein mit der Regionalschule und den Naturfreunden für einen sachkundeorientierten Unterricht (grünes Klassenzimmer) unterstützt und erweitert werden.

### **DIE LINKE im Kreis Birkenfeld fordert:**

- Maßnahmen zur Reduzierung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes.
- Auf- und Ausbau kommunaler Wärmenetze
- Nachverdichtung statt zusätzliche Flächenversiegelung
- Flächen entsiegeln und Aufenthalts- und Lebensqualität erhöhen
- die Erarbeitung von Richtlinien für ein nachhaltiges Wirtschaften, die für alle öffentlichen Verwaltungen sowie für die Vergabe von öffentlichen Aufträgen und Fördermitteln bindend sind.
- Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes
- Keine Verspargelung der Landschaft durch Windkraftanlagen, stattdessen Konzentration an wenigen konfliktfreien Standorten
- Einführung von Umweltunterricht in allen Schulen und Bildungseinrichtungen.

- die flächendeckende Einrichtung von offenen runden Tischen in allen Kommunen des Landkreises Birkenfeld (Demokratie von unten nach oben).
- Vermarktungshilfen für fair erzeugte und gehandelte landwirtschaftliche Produkte der sogenannten 3. Welt in allen kommunalen Einrichtungen sowie im Rahmen des Regionalmanagements.
- Bessere Kennzeichnung vegetarischer Nahrung.
- Keine Privatisierung der Trinkwasser-Versorgung.
- Bessere finanzielle Ausgestaltung der Tierheime.
- Ausbau der Kooperationen zwischen Kreisveterinär, Verwaltung, sachkundigen Vereinen, Umweltbildung der Schulen und Naturschutzverbänden.
- Besetzung des Kreisveterinärarnes mit ausreichend sachkundigem Personal.
- Unterstützung des Kreises bei Durchsetzung eines Berufsbildes im Tierhandel, das sowohl im Ausbildungsbetrieb als auch in der Fortbildung von Grundsätzen des Tierschutzes ausgeht. Einzelhandelskaufmannprüfung alleine reicht nicht.
- die Aufnahme der AGENDA-21-Zusammenarbeit mit einem Partnerkreis in einem sogenannten unterentwickelten Land.
- Erstellung eines Schadstoffkatasters für Altlasten für den Kreis Birkenfeld.
- Schadstoffkontaminierte Böden und Materialien sind zu untersuchen und gegebenenfalls zu sanieren. Schadstoffmessungen bei ersten Verdachtsmomenten, speziell in Kindergärten und Schulen.
- Basisabdichtung für das radioaktive Material der Uranaufbereitungsanlage Ellweiler.
- Mit Mobilfunkunternehmen sollen Vereinbarungen getroffen werden, damit die Strahlenbelastung die niedrigen Schweizer Grenzwerte nicht überschreiten. Dies ist jetzt schon problemlos technisch möglich und dient der Gesundheitsvorsorge.
- Dezentrale Einkaufsmöglichkeiten und Dienstleistungsangebote in den Stadtteilen und Dörfern (multifunktionale Nachbarschaftsläden mit „Tante-Emma-Angebot“, sind unter dem Aspekt der gesellschaftlichen Teilhabe von Seniorinnen/Senioren, Behinderten, Menschen ohne Kfz zu fördern und die Ansiedlung neuer Einkaufszentren auf der grünen Wiese zu vermeiden).

## **10. Für kommunale Friedenspolitik und eine zivile, friedliche Gesellschaft**

Es gibt Alternativen zu kriegerischen Auseinandersetzungen. Zivile Konfliktlösungen müssen auf allen Ebenen vorangetrieben und eingeübt werden. Dabei bildet die Kommune keine Ausnahme, sondern ihr überschaubarer Rahmen bietet sich an, eine gewaltfreie Konfliktlösung zu erlernen. Die Förderung von gewaltfreier Erziehung und die Einübung toleranter Verhaltensweisen ist ein wichtiger Bestandteil kommunaler Friedenspolitik.

Wir setzen uns auf allen Ebenen für eine deutliche Reduzierung der militärischen Übungsflüge über dem Kreisgebiet ein. Militärischer Fluglärm ist besonders gefährlich und macht nachweislich krank (Herz- und Kreislauferkrankungen) und das in Militärflugzeugen verwendete Kerosin ist nach Angaben des Herstellers mutagen und krebserregend. Kerosin wird nachweislich in großen Mengen – auch aus der zivilen Luftfahrt - im Kreis Birkenfeld abgelassen. Gemeinsam mit den Menschen vor Ort setzen sich die LINKEN gegen den Lärmterror und die Gesundheits- und Umweltgefahren ein, die mit den Militärstandorten verbunden sind.

Wir fordern Konversionsprogramme, die aus militärischen Jobs zukunftssichere und gute Arbeitsplätze machen (die Umwandlung des größten Militärkrankenhauses



außerhalb der USA am Standort Neubrücke in den für den Kreis mittlerweile unverzichtbaren Umweltcampus belegt, dass dies möglich ist) .

### **DIE LINKE im Kreis Birkenfeld fordert:**

- Unterstützung von Bürgerinitiativen, Umweltverbänden und anderen bürgerschaftlichen Zusammenschlüssen, die sich für eine friedliche und ökologische Nutzung ehemaliger Militärgelände einsetzen.
- Schaffung und Unterstützung von kommunalen Friedensnetzwerken, die einen umfassenden Informations- und Meinungsaustausch gewährleisten und eine entsprechende Öffentlichkeitsarbeit betreiben.
- Die Ortsgemeinden und Städte im Kreis Birkenfeld sollen dem weltweiten Bündnis „Bürgermeister für den Frieden“ beitreten!
- Beendigung von Militärpatenschaften, gemeinsamen Neujahrsempfängen mit den Militärs und eine Rückgabe des zu kriegerischen Übungen genutzten Truppenübungsplatzes Baumholder.
- Deutliche Reduzierung der militärischen Übungsflüge über dem Kreisgebiet.
- Kein Besuch von „Jugendoffizieren“ der Bundeswehr an Schulen im Kreis Birkenfeld oder in den Jobcentern.
- Keine Rekrutierung von Minderjährigen - wir wollen keine Kindersoldaten!
- Registrierung und Veröffentlichung rassistischer Übergriffe sowie psychosoziale und juristische Beratung für Opfer rassistischer Äußerungen, Drohungen und Angriffen.

## **11. Gegen extrem rechte Positionen**

Neonazistische Organisationen und rechte Parteien, die soziale Missstände für ihre Hetze ausnutzen, propagieren gewaltsame Konfliktlösungen. Sie haben eine menschenverachtende, rassistische Ideologie und schaffen Unfrieden im Zusammenleben gerade vor Ort. Deshalb ist es Aufgabe der Kommune, öffentliche Aufklärung zu betreiben und zu fördern, um rechtem Gedankengut den Boden zu entziehen.

Wir beteiligen uns an antirassistischen Initiativen und Diskussionen und wollen die Erinnerung an den deutschen Faschismus auch vor Ort wachhalten. Wir befürworten lokale Aktionsbündnisse mit anderen Parteien, Gewerkschaften und anderen gesellschaftlich aktiven Gruppen, um dem Rechtsruck in unserer Gesellschaft Einhalt zu gebieten. Wir zeigen öffentlich Flagge gegen Rassismus und Rechts und wir folgen der Einsicht, dass die wirklichen Konfliktlinien nicht zwischen Nationalitäten, sowie Religionen oder Ethnien verlaufen, sondern zwischen Armen und Reichen.

### **DIE LINKE im Kreis Birkenfeld fordert:**

- Öffentliche kommunale Berichterstattung zur Situation von Migrantinnen und Migranten. Entwicklung eines kommunalen Antidiskriminierungsprogramms mit der Möglichkeit der Einführung von Quoten sowie antirassistische Fort- und Weiterbildung für im öffentlichen Dienst Beschäftigte.
- Gemeinsames Handeln aller antifaschistischen Kräfte und Organisationen.
- Bereitstellung von finanziellen Mitteln für die Bildungs- und Aufklärungsarbeit gegen Neofaschismus, besonders an Schulen, Jugend- und Familien-einrichtungen.
- Förderung von kultureller und jugendpolitischer Arbeit gegen Rechts.

- Keine Gewährung öffentlichen Raums für rechte Parteien, rechte Gewalttäter und Neonazis (einschl. der Vermietung und Verpachtung v. Räumlichkeiten durch Privatpersonen).
- Aktive Beteiligung an Bürgerinitiativen gegen neofaschistische Bestrebungen und Unterstützung von Demonstrationen gegen Naziaufmärsche.
- Rechte Aktivitäten im Kreis müssen konsequent auf ordnungsrechtliche, polizeiliche und juristische Aspekte überprüft und als Problem regionaler Entwicklung wahrgenommen und strategisch verfolgt werden.
- Bereits bestehende Programme, Verbände und Vereine, die sich für die Ächtung von Gewalt und Intoleranz einsetzen, müssen auf Dauer finanziell und personell unterstützt werden.

## **Finanzielle Aspekte**

Unsere Forderungen kosten Geld. Auch im kommunalen Bereich. Dieses Geld ist da, wie die Entwicklungen der internationalen Finanzkrise belegen. Dieses Geld ist da, wie die Analysen des Bundesrechnungshofs alljährlich zeigen. Dieses Geld ist da, wenn wir in Deutschland wie im westlichen Ausland zu einer angemessenen Besteuerung großer Unternehmungen und großer Einkünfte kommen und dafür einstehen, dass die Kommunen mit ausreichender Finanzkraft zum Zwecke der Investition in Arbeit ausgestattet werden. Dazu ist auch eine Ausweitung bzw. Umwandlung der sogenannten „freiwilligen Leistung“ der Kommunen in „Pflichtleistungen“ für eine echte Armutsbekämpfung notwendig.

Wir wollen eine Neuaufteilung des Steueraufkommens und ein *Entschuldungsprogramm* von Bund und Ländern für die kommunale Ebene. Wer 500 Mrd. Euro für Banken, die das Geld an der Börse verzockt haben, ausgeben kann, kann nicht mehr behaupten, das sei nicht finanzierbar.

## **Perspektiven**

Kommunalpolitik und ihre Auswirkungen sind für die Bürgerinnen und Bürger auch in den Gemeinden im Kreis Birkenfeld unmittelbar greifbar und erfahrbar. Und genau deshalb wollen wir gemeinsam mit den Menschen dafür wirken, dass die Wünsche, Sorgen und Nöte der Menschen im Kreis Birkenfeld verstärkte Berücksichtigung finden. Wir wollen nicht nur für die Menschen, wir wollen gemeinsam mit den Menschen an der Gestaltung der Dörfer und Städte im Kreis Birkenfeld wirken. Dafür zu kämpfen lohnt sich. Wir wollen Einiges bewegen.

**DIE LINKE als politische Kraft tritt auf allen Ebenen für soziale Gerechtigkeit, für ein friedlich-solidarisches Miteinander und für eine zukunftsorientierte Daseinsvorsorge ein. Dafür brauchen wir am 09. Juni 2024 auch Ihre Stimmen.**

**Mehr als nur reden  
– sich einmischen und mitgestalten –  
DIE LINKE wählen!**

**Deshalb am 09. Juni 2024 für den Kreistag  
und den Stadtrat Idar-Oberstein  
mit allen Stimmen**

**Die Linke**